

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP - 3. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. Juni 2005, 9:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 249 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Günther Neugebauer (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Abgeordnete

Detlef Buder (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Susanne Herold (CDU)

Anette Langer (SPD)

Anne Lütkes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Eröffnung und Begrüßung	4
2. Bericht über die gemeinsame Sitzung der internationalen Ausschüsse aus Pommern und Westpommern am 3. Juni 2005 in Köslin	4
3. Umsetzung der Abschlusserklärung des 2. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Misdroy	6
4. Information über die Anhörung des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur EU-Meerespolitik am 18. Mai 2005	11
5. Vorschläge für die weitere Zusammenarbeit der Ausschüsse	12
6. Verschiedenes	13

Die Vorsitzende des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 9:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Eröffnung und Begrüßung

Nach einer Begrüßung durch die beiden Vorsitzenden der Ausschüsse stellen sich die Abgeordneten kurz vor.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht über die gemeinsame Sitzung der internationalen Ausschüsse aus Pommern und Westpommern am 3. Juni 2005 in Köslin

Abg. Dr. Lewandowski, Vorsitzender der Kommission für Entwicklung, Förderung und internationaler Zusammenarbeit des Sejmik der Wojewodschaft Westpommern, berichtet über die gemeinsame Sitzung der internationalen Ausschüsse aus Pommern und Westpommern am 3. Juni 2005 in Köslin. Die Vertreter der beiden Ausschüsse hätten in dieser gemeinsamen Sitzung bekräftigt, dass sie die Zusammenarbeit der Regionen verstärken wollten und als Schwerpunkt für die gemeinsamen Anstrengungen in der Zukunft die maritime Wirtschaft sähen. Im Hinblick auf diese Absicht sei von den beiden Ausschüssen folgender Antrag formuliert worden:

Der Ausschuss für Entwicklung, Förderung und internationaler Zusammenarbeit der Sejmik der Wojewodschaft Westpommern und der Ausschuss für die internationale Zusammenarbeit der Sejmik der Wojewodschaft Pommern betonen die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit auf eine breite Basis zu stellen und sich nicht nur mit den Themen Tourismus und Jugendpolitik zu beschäftigen, sondern auch die Themen aufzugreifen, die mit der integrierten Meerespolitik und der Strukturpolitik der Europäischen Union verbunden sind, sowie außerdem die Themenbereiche Kulturaustausch und Förderung und Vermarktung der Regionen. Die beiden Ausschüsse sehen außerdem die Notwendigkeit, das Thema integrierte Mee-

respolitik der Europäischen Union bereits auf der Tagesordnung des nächsten, also des 3. Parlamentsforums Südliche Ostsee, mit zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Lewandowski berichtet weiter, dass beide Ausschüsse für die Tagesordnung des im Mai des kommenden Jahres stattfindenden 4. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kiel vorschlugen, das Thema maritime Wirtschaft zum Kernthema zu machen. Der Ausschuss der Wojewodschaft Pommern habe den Ausschuss der Wojewodschaft Westpommern damit beauftragt, in der heutigen Sitzung über diesen gemeinsamen Antrag der beiden Ausschüsse zu beraten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Umsetzung der Abschlusserklärung des 2. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Misdroy

Abg. Kotłęga berichtet über die gemeinsamen Aktivitäten der Wojewodschaft Westpommern mit dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern im Bereich der Jugendpolitik.

Er führt unter anderem aus, dass die am Anfang der Zusammenarbeit durchgeführte Umfrage bei den Jugendlichen in beiden Regionen über ihre Hoffnungen und Ängste im Zusammenhang mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union gezeigt habe, dass über 80 % der jungen Menschen mit dem damals noch anstehenden Beitritt Polens große Hoffnungen verbanden. Die Jugendlichen hätten große Chancen für ihre persönliche Entwicklung, für ihre Bildungsmöglichkeiten und die Suche von Ausbildungsplätzen, aber auch für den Jugendaustausch gesehen. Neben dieser positiven Einstellung habe es jedoch auch negative Antworten bei den polnischen Jugendlichen im Zusammenhang mit der Frage gegeben, wie sie ihre deutschen Nachbarn sehen. Die Antworten von 40 % der jungen Polen, die Deutschland noch nie besucht hätten, seien nach wie vor von Vorurteilen über den deutschen Nachbarn im Hinblick auf die neuere deutsche Geschichte, den Faschismus und den Krieg geprägt gewesen.

Abg. Kotłęga stellt fest, dass sich daraus eine Verantwortung für die Politiker auf beiden Seiten der Grenze ergebe, neue Wege für die Verständigung der Jugendlichen zu finden, sodass diese Vorurteile abgebaut werden könnten. Vor diesem Hintergrund habe die Wojewodschaft Westpommern die Abschlusserklärung des 2. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Misdroy und die darin enthaltenen Vorschläge, insbesondere, das Ziel, die Jugendlichen an allen Prozessen aktiv zu beteiligen, begrüßt.

Er berichtet, dass vor zwei Monaten im Organisationsbereich des Marschallamtes der Wojewodschaft ein Jugendsekretariat eingerichtet worden sei, das den Jugendlichen in der Grenzregion als Anlaufstelle zur Verfügung stehe. Leider sei es bisher noch nicht gelungen, auch in der Wojewodschaft Westpommern ein Jugendparlament einzurichten. Es werde jedoch daran gearbeitet, die rechtlichen Grundlagen für die Einrichtung eines solchen Jugendparlaments zu schaffen.

Abg. Kotłęga regt an, die Einrichtung des Jugendsekretariates als Ausgangsbasis für die Errichtung einer gemeinsamen Jugendvertretung der vier Regionen Mecklenburg-Vorpommern,

Westpommern, Pommern und Schleswig-Holstein zu nutzen. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Homepage des Jugendsekretariates in deutscher und polnischer Sprache hin und stellt fest, dass die Sprachbarriere bei den Jugendlichen auf der polnischen Seite nicht sehr hoch sei, da 40 % der Jugendlichen in der Schule deutsch lernten.

Abg. Kotłęga bringt zum Abschluss seine Freude darüber zum Ausdruck, dass die Jugendpolitik im Mittelpunkt der Beratungen auf dem 3. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Binz stehen werde.

Sandra Weidemann vom Baltic Sea Secretariat for Youth Affairs stellt anhand eines Powerpoint Vortrages (Anlage zu dieser Niederschrift) das Hospitationsprogramm von Jugendlichen bei Abgeordneten des Parlamentsforums Südliche Ostsee als ein konkretes Projekt vor, das aus der Resolution von Misdroy entwickelt worden sei. Sie berichtet über den Stand der Planung für die erste Durchführung des Hospitationsprogramms, das mit der ersten Phase, einem ersten Treffen aller Beteiligten am Rande des Parlamentsforums in Binz beginnen werde. In dem anschließenden ersten Austauschteil im November 2005 sei geplant, dass die teilnehmenden Jugendlichen jeweils einen Abgeordneten der eigenen Region besuchten und ihn bei seiner Arbeit über eine Woche lang begleiteten. In der zweiten Phase des Austauschs, im Januar/Februar 2006, werde derselbe Jugendliche dann jeweils einen Abgeordneten einer Partnerregion besuchen und begleiten. Nach einer regionalen Nachbereitung der Treffen sei dann der Abschluss des ersten Projektes auf dem nächsten Parlamentsforum in Schleswig-Holstein im nächsten Jahr geplant. Anhand einer Übersicht stellt sie die einzelnen Partnerzusammensetzungen vor und nennt als Voraussetzung für die teilnehmenden Jugendlichen, sie sollten zwischen 18 und 25 Jahre alt sein und Sprachkenntnisse in der jeweiligen Sprache der Partnerregion sowie der englischen Sprache aufweisen können.

Auf die Frage von Abg. Ritzek, ob noch weitere Anforderungen an die Jugendlichen, die an dem Projekt teilnehmen wollten, gestellt würden, antwortet Frau Weidemann, dass natürlich neben den Sprachkenntnissen auch politisches Interesse eine Grundvoraussetzung sei. Die Auswahl der Jugendlichen vor Ort werde durch Jugendvertretungen in Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem jeweiligen regionalen Parlament durchgeführt.

Abg. Łuczak möchte wissen, welche Möglichkeiten es gebe, dieses Projekt zu erweitern und fortzusetzen.

Abg. Herbst möchte wissen, warum das Programm auf so wenige Teilnehmer beschränkt sei.

Frau Weidemann führt aus, das Hospitationsprogramm werde jetzt sozusagen im Rahmen eines Pilotprojektes erstmalig durchgeführt und erprobt, danach werde entschieden, ob es funktioniere, gut ankomme und noch weiter ausgebaut werden könne. Die Anzahl der teilnehmenden Jugendlichen sei vor dem Hintergrund der zum Teil engen personellen Ausstattung der Regionalparlamente jedoch begrenzt, da zum Beispiel das beteiligte Regionalparlament in Schweden nur mit zehn hauptberuflichen Abgeordneten arbeite. Über die Fortsetzung des Projektes solle auf der nächsten Konferenz der regionalen Parlamente im südlichen Ostseeraum diskutiert und entschieden werden.

Im Zusammenhang mit der Frage von Abg. Fischer, ob es bestimmte Themenfelder gebe, mit denen sich die Jugendlichen im Rahmen der Besuche beschäftigen sollten und ob auch Begegnungen der teilnehmenden Jugendlichen mit den Jugendlichen vor Ort in den Partnerregionen geplant seien, erklärt Frau Weidemann, Zielsetzung des Programms sei es in erster Linie, dass die Jugendlichen die Arbeit des Parlamentes und die Arbeit der Abgeordneten im Wahlkreis kennen lernten. Da die Auswahl der Jugendlichen durch Jugendbetreuer vor Ort statfinde, könne über diese sicherlich auch der Kontakt zu den Jugendlichen in den jeweiligen Regionen hergestellt werden.

Abg. Kotłęga berichtet kurz über die Vorbereitungen für das Projekt in der Wojewodschaft Westpommern.

Abg. Ritzek weist auf die vielfältigen Möglichkeiten für Jugendliche hin, Kontakte zu Jugendlichen in anderen europäischen Ländern zu bekommen und betont, dass die Eigeninitiative der Jugendlichen, sich an Austausch zu beteiligen und auch selbst Kontakte herzustellen, von der Politik nicht vergessen und ebenfalls gefördert werden müsse.

Abg. Fischer stellt die gemeinsame Unterstützung des Projektes durch die beiden Ausschüsse fest und erklärt, ihn freue es besonders, dass neben den Partnern, die hier gemeinsam an einem Tisch säßen, auch die Region Kaliningrad, ein nicht EU-Partner, in das Projekt mit eingebunden sei.

Abg. Redmann bittet darum, dass den Abgeordneten des Europaausschusses die Ergebnisse der von Abg. Kotłęga angesprochenen Umfragen aus Mecklenburg-Vorpommern und Westpommern zur Verfügung gestellt wird. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass es in Zusammenhang mit dieser Umfrage eine Publikation in deutscher Sprache gebe, die sicherlich allen Abgeordneten zugeleitet werden könne.

Abg. Ritzek möchte wissen, wo die von Abg. Kotłęga als Idee angesprochene Jugendorganisation der vier Regionalparlamente angesiedelt sein könnte. Abg. Kotłęga weist darauf hin, dass es sich hierbei nicht um seine Idee, sondern um eine Idee handle, die die Jugendlichen aus Polen und Deutschland im Rahmen des Workshops bei dem Parlamentsforum Südliche Ostsee in Misdroy erarbeitet hätten. Wenn sich die Politiker in den Regionalparlamenten darüber einig seien, dass ein solches gemeinsames Jugendsekretariat zu begrüßen sei, müsse man sich über die Frage der Ausgestaltung noch einmal unterhalten.

Die Frage von Abg. Ritzek, ob die positive Grundhaltung der polnischen Jugendlichen gegenüber der EU auch nach dem EU-Beitritt weiter bestehe, beantworten Abg. Kotłęga und Abg. Łuczak dahingehend, dass die Beurteilung - soweit das eingeschätzt werden könne - der polnischen Jugendlichen immer noch sehr positiv sei, sich dies detaillierter jedoch nur aufgrund einer neuerlichen Umfrage - beispielsweise im Vorwege der Durchführung des 4. Parlamentsforums in Schleswig-Holstein im Jahr 2006 - feststellen lasse.

Die beiden Ausschüsse befassen sich als weiteren Bereich der Abschlusserklärung des Parlamentsforums in Misdroy kurz mit dem Themenkomplex Tourismuspolitik.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, nimmt den von Abg. Dr. Lewandowski zu Beginn der Sitzung geäußerten Wunsch der Regionalparlamente Pommern und Westpommern auf, das Thema Meerespolitik auf die Tagesordnung des nächsten Parlamentsforums zu setzen und weist darauf hin, dass nach Rücksprache mit den Gastgebern in Mecklenburg-Vorpommern vereinbart worden sei, dass das Thema maritime Politik durch einen Vortrag von Herrn Peter Straub, dem Landtagspräsidenten von Baden-Württemberg, zum Thema „Regionalpolitik im maritimen Sektor“ aufgenommen werden solle.

Der Ausschuss diskutiert darüber, inwieweit das Thema „maritime Wirtschaft“ auf dem 3. Parlamentsforum diskutiert und in die Beratungen eingespeist werden sollte.

Abg. Ritzek und Abg. Dr. Lewandowski stellen fest, dass das Thema Meerespolitik sehr umfangreich sei und man sich deshalb darauf beschränken sollte, einzelne Bereiche dieses Themas zu diskutieren oder vielleicht auch erst einmal Schwerpunkte herauszuarbeiten.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, und LD Dr. Schöning geben zu bedenken, dass das Thema Meerespolitik nicht als Schwerpunktthema für die Konferenz in Binz auf dem letzten Parlamentsforum beschlossen worden sei, sondern als zentrale Themen Tourismus und Jugendpolitik festgelegt worden seien. Es sei außerdem auch schwierig, den Gastgebern so kurzfristig noch ein weiteres Thema zur Vorbereitung aufzugeben, das Thema Meerespolitik könne jedoch als

Schwerpunkt für das 4. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Kiel im Jahre 2006 vorgesehen werden.

Im Zusammenhang mit dem Vorschlag von Abg. Dr. Lewandowski, bei dem diesjährigen Parlamentsforum in Binz einen 4. Workshop zum Thema Meerespolitiken einzurichten, verweist LD Dr. Schöning auf die von Abg. Höfs und ihm geäußerten Bedenken und erklärt, natürlich könne man Mecklenburg-Vorpommern als Gastgeber anheim stellen zu prüfen, ob so kurzfristig noch ein weiterer Workshop eingerichtet werden könne.

Abg. Dr. Lewandowski und Abg. Kostuch schlagen vor, dem Gastgeber Mecklenburg-Vorpommern anzubieten, dass Westpommern und Schleswig-Holstein für diesen 4. Workshop die Federführung übernehmen könnten. LD Dr. Schöning regt an, die vier Workshops in Binz jeweils federführend von einem Regionalparlament vorbereiten zu lassen. Westpommern könne zum Beispiel die Vorbereitung für den Workshop im maritimen Bereich übernehmen, Schleswig-Holstein die Federführung für den Workshop zur Jugendpolitik. Dieser Verfahrensvorschlag wird von den beiden Ausschüssen begrüßt.

Abg. Dr. Lewandowski erklärt, die Arbeit in dem Workshop in Binz könne dann auch dazu genutzt werden, die 4. Konferenz des Parlamentsforums vorzubereiten und Schwerpunkte im Bereich der Meerespolitik festzulegen, mit denen man sich dann auf der nächsten Konferenz näher befassen wolle.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, stellt die Übereinkunft der beiden Ausschüsse zu den herausgearbeiteten Verfahrensvorschlägen fest und erklärt, dass Schleswig-Holstein diesen Vorschlag an das gastgebende Land Mecklenburg-Vorpommern für das Parlamentsforum in Binz weiterleiten werde.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information über die Anhörung des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur EU-Meerespolitik am 18. Mai 2005

Abg. Fischer fasst kurz die vom Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 18. Mai 2005 durchgeführte Anhörung zum Thema „EU-Meerespolitiken“ zusammen und betont noch einmal die besondere Bedeutung der maritimen Politik für Schleswig-Holstein und die Notwendigkeit, den Dialog der Politik mit den Partnern in der Wirtschaft und der Wissenschaft in diesem Bereich zu verstärken. Die besondere Bedeutung der Meerespolitik gelte genauso für die Region Westpommern. Das habe die Diskussion eben auch schon gezeigt. Von daher müsse es Ziel sein, gemeinsam in Brüssel für diese maritime Politik an der Ostsee zu werben und die Zusammenarbeit zu verstärken, damit man auch gemeinsam in Brüssel auftreten und verstärkt Fördermittel einwerben könne. Nur gemeinsam sei es möglich, in der Konkurrenz mit anderen Regionen in Europa mithalten zu können.

Zur maritimen Politik gehöre jedoch nicht nur die Wirtschaft, sondern gehörten auch Fragen des Umweltschutzes oder der kulturellen Zusammenarbeit. Die Diskussion eben habe die Bereitschaft und die Notwendigkeit gezeigt, aus diesem gesamten großen Komplex einzelne Schwerpunkte herauszuarbeiten und zu vertiefen. Deshalb begrüße er noch einmal den Beschluss der beiden Ausschüsse, die Meerespolitik in den Mittelpunkt des 4. Parlamentsforums in Kiel im Jahr 2006 zu stellen. In diesem Zusammenhang regt er auch den Besuch einer maritimen Einrichtung in Kiel während der Konferenz an.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorschläge für die weitere Zusammenarbeit der Ausschüsse

Abg. Dr. Lewandowski erklärt, nicht nur im Bereich der maritimen Wirtschaft müssten die beiden Regionalparlamente enger zusammenarbeiten, sondern es gebe noch eine Vielzahl anderer Themen, zum Beispiel die wirtschaftliche Förderung und den Kultur- und Bildungsbereich, in dem eine Zusammenarbeit und ein Erfahrungsaustausch sinnvoll seien. Er verweist auf eine Vereinbarung des Ausschusses für Entwicklung, Förderung und internationale Zusammenarbeit des Sejmiks der Wojewodschaft Westpommern und des Rechts- und Europaausschusses des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und schlägt vor, eine ähnliche Vereinbarung auch mit dem Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages zu treffen.

Abg. Ritzek ergänzt, ein weiteres Thema für eine Zusammenarbeit könne die Frage der Einflussnahme der Regionalparlamente auf Entscheidungsprozesse in Brüssel sein und regt an, dies zu einem Thema der 5. oder 6. Konferenz des Parlamentsforums Südliche Ostsee zu machen. Abg. Dr. Lewandowski begrüßt diesen Vorschlag.

Die beiden Ausschüsse erarbeiten und verabschieden folgende gemeinsame Erklärung:

Gemeinsame Erklärung des Ausschusses für Entwicklung, Förderung und internationale Zusammenarbeit des Sejmiks der Wojewodschaft Westpommern und des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Der Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages und der Ausschuss für Entwicklung, Förderung und internationale Zusammenarbeit des Sejmiks der Wojewodschaft Westpommern erklären gemeinsam, sich mit der Thematik der integrierten maritimen Politik der EU auf dem 3. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Binz zu befassen und wenden sich mit der Bitte an den Landtag Mecklenburg-Vorpommern, die Möglichkeit zu prüfen, einen vierten Workshop zu dem Thema der integrierten maritimen Politik im Bereich der Ostsee unter der Federführung der Wojewodschaft Westpommern einzurichten. Das Thema Meerespolitik sollte auf dem 4. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Kiel als ein zentrales Thema aufgenommen werden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages begrüßt den Vorschlag des Europaausschusses der Hamburger Bürgerschaft, am 2. November 2005 eine gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse durchzuführen.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 12:30 Uhr.

gez. Astrid Höfs
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin